



Schwyz, 19. November 2010

### Medienmitteilung

## **Die SP-Steuerinitiative schadet dem Wirtschaftsstandort Zentralschweiz**

**Die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektoren bekräftigten anlässlich ihrer heutigen Konferenz ihre einstimmige Ablehnung der SP-Steuerinitiative. Diese führt zu höheren Steuern, schränkt die Autonomie der Kantone ein und hat negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.**

Die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektoren sind überzeugt, dass die Steuerinitiative ihr Ziel verfehlt und für breite Kreise Nachteile mit sich bringt. In allen Zentralschweizer Kantonen müssten die Mindestbesteuerungen für hohe Einkommen respektive Vermögen angepasst werden. Aufgrund der neu festzulegenden Steuertarifkurven wären davon auch der Mittelstand sowie KMU betroffen.

Kleine und mittlere Unternehmen prägen den Wirtschaftsstandort Zentralschweiz. Bei einer Annahme der Initiative müssten zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer ihr Vermögen höher versteuern, da ihre Immobilien und Maschinen den Schwellenwert von zwei Millionen Franken überschreiten. Das sind Steuermittel, die schlussendlich für Investitionen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen fehlen.

Bei einer Annahme der Steuerinitiative wären die minimalen Grenzsteuersätze im internationalen Vergleich nur noch leicht unterdurchschnittlich. Die Differenzen würden sich auf ein Mass reduzieren, bei dem die Steuervorteile bei der Standortwahl weitgehend wegfallen würden. Ausbleibende Zuzüge und drohende Wegzüge von Privatpersonen und internationalen Unternehmen wären die Folge. Der Wirtschaftsplatz würde dadurch erheblich geschwächt.

Heute sind die Kantone und Gemeinden in Finanz- und Steuerfragen weitgehend autonom. Während in vielen europäischen Staaten die Steuern als Folge der hohen Defizite erhöht werden mussten, konnte die Steuerbelastung in der Schweiz in den vergangenen Jahren konsequent gesenkt werden. Der Steuerwettbewerb in Verbindung mit dem Neuen Finanzausgleich ist ein Erfolgsmodell der Schweiz, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Die Steuerinitiative beschneidet diese föderale Errungenschaft – die Souveränität der Kantone und Gemeinden in der Festlegung ihrer Steuersätze – erheblich.

Auskunft: Regierungsrat Kurt Zibung, Präsident ZVDK, Tel. 041 819 18 00 (bis 14.30 Uhr)